Stand: 13.12.2025 08:23:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8418

"Wohnungsbau in Bayern kraftvoll ankurbeln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8418 vom 19.10.2015
2. Beschluss des Plenums 17/8511 vom 20.10.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 20.10.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 19.10.2015 **Drucksache 17/8418**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Wohnungsbau in Bayern kraftvoll ankurbeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

– die degressive Gebäudeabschreibung wiedereingeführt und

– die Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) zum 01. Januar 2016 um zwei Jahre verschoben werden.

Des Weiteren ist dafür zu sorgen, dass die Wohnraumfördermittel in Bayern in den kommenden Jahren insgesamt wieder eine Höhe von 600 Mio. Euro pro Jahr erreichen.

Begründung:

Die Wohnbautätigkeit in Bayern hinkt dem Bedarf hinterher, der Sozialwohnungsbestand sinkt, die Baupreise steigen von Jahr zu Jahr überdurchschnittlich: Günstiger Wohnraum ist heute schon knapp, durch die anhaltenden Migrationsbewegungen wird sich diese Situation in den nächsten Jahren noch verschärfen. Um zusätzlichen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sind die Bedingungen für den Wohnungsbau deutlich zu verbessern.

Der private Wohnungsbau ist durch die 2006 abgeschaffte, degressive Gebäudeabschreibung wieder deutlich attraktiver zu gestalten. Zudem ist die für den 1. Januar 2016 vorgesehene, erneute Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) für zunächst zwei Jahre auszusetzen, da diese den Wohnungsbau erneut um rund sieben Prozent verteuern würde.

Bereits im Mai 2015 sprach die Staatsregierung von jährlich 3.000 bis 5.000 zusätzlich benötigten, staatlich geförderten Wohnungen. Allein dafür wären zusätzliche Wohnraumfördermittel von mindestens 450 Mio. Euro notwendig. Insgesamt muss in den kommenden Jahren zumindest der Höchstwert von rund 600 Mio. Euro aus dem Jahr 1993 wieder erreicht werden. Hierzu sind neben den vom Landtag zur Verfügung zu stellenden Landesmitteln auch deutlich erhöhte Bundesmittel sowie ggfs. weitere Eigenmittel der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt (Labo) nötig. Auf die Höhe der letztgenannten Posten hat die Staatsregierung indirekt bzw. direkt Einfluss.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.10.2015 **Drucksache** 17/**8511**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**8418**

Wohnungsbau in Bayern kraftvoll ankurbeln

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Thorsten Glauber
Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Andreas Lotte
Abg. Eberhard Rotter
Abg. Jürgen Mistol
Staatsminister Joachim Herrmann
Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe die letzten Dringlichkeitsanträge auf, die in dieser Plenarsitzung behandelt werden:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnungsbau in Bayern kraftvoll ankurbeln (Drs. 17/8418)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen und erhalten (Drs. 17/8441)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der Kollege Glauber hat das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Die letzten eineinhalb Stunden haben gezeigt, welche Herausforderungen in der Debatte auf uns zukommen. Die Debatte zeigt auch, dass die Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren bewältigen müssen, mindestens seit der Wiedervereinigung, wenn nicht sogar seit der Nachkriegszeit die größte Aufgabe unseres Landes ist. Der Ministerpräsident hat in der letzten Woche in seiner Regierungserklärung und auch heute wieder ganz klar dem Parlament das Angebot gemacht, dass alle demokratisch gewählten Fraktionen dieses Problem gemeinsam angehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu einem der entscheidenden Themen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben heute über sozialen Sprengstoff und über soziale Verwerfungen gesprochen. Wohnraum ist in diesem Zusammenhang ein ganz wichtiger Aspekt. Wenn wir keine sozialen Verwerfungen wollen, brauchen wir genügend Wohnraum. Das Hohe Haus, das Parlament, hat sich in den letzten Jahren immer wieder mit der Begrenzung

von Miethöhen, dem Mangel an Wohnraum in den Städten und der Ausweitung von Wohnraum beschäftigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nenne Ihnen Zahlen zu den Entwicklungen. In den letzten 15 Jahren ist die Zahl der Sozialwohnungen in Bayern von 250.000 auf 110.000 gesunken.Die Haushaltsmittel für die Förderung des Wohnungsbaus hatten in den Jahren 1993, 1994, 1995 den höchsten Stand, und zwar mit 600 Millionen, bedingt durch den Balkankrieg und die Spätaussiedler. Beides hat es erfordert, in Bayern genügend Wohnraum zu schaffen. Man hat damals 600 Millionen jährlich in Wohnraum investiert.

Der Innenminister hat in der letzten Woche beim VdW die aktuellen Zahlen vorgestellt. Wir können so viele Zahlen zusammenrechnen wie wir wollen – 159 Millionen in 2014, nachgebessert um 50 Millionen. Jetzt haben Sie einen Haushalt mit 350 Millionen bzw. 360 Millionen aufgestellt, je nachdem, wie man es rechnen will. Wir werden mit 360 Millionen nicht annähernd zurechtkommen. Wir brauchen für Bayern 600 Millionen aufwärts. Das Buch ist schon einmal geschrieben worden. Ich werde es erleben, dass Ihre Fraktion, auch wenn Sie jetzt noch lachen, in diesem Haus diesem Ansatz zustimmt.

(Karl Freller (CSU): Ich sehe keinen, der lacht!)

Ich sage voraus, dass Sie spätestens in 2019 nachbessern müssen. Dann haben Sie in Ihrem Haushaltsansatz 550 Millionen. Sie werden früher nachbessern müssen. 550 Millionen sind nicht mehr weit weg von 600 Millionen. Sie wollen das aber erst in 2019 anfassen. Das wird ein Problem werden. Wir werden noch großen sozialen Unfrieden bekommen, wenn wir nicht vorher handeln. Dann möchte ich nicht verantwortlich sein. Daher ist es wichtig, dass wir jetzt wieder mit 600 Millionen beginnen. Diese Zahl lag schon einmal auf dem Tisch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie denn wirklich, dass es viele private Investitionen gibt, wenn der Rahmen nicht verändert wird? - Wir haben eine Niedrigzinsphase. Die Rahmenbedingungen für Investitionen im Wohnungsbau sind besser denn je, und dennoch haben wir nur geringe private Investitionen. Warum haben wir keine hohe Investitionskraft aus privater Hand? - Weil wir über die Energieeinsparverordnung immer wieder nachsteuern. Bauen ist wesentlich teurer geworden. Mit der Energieeinsparverordnung 2016 wird das Bauen schlagartig wieder um 7 bis 10 % verteuert. Als Architekt sage ich Ihnen voraus, dass das so kommen wird. Glauben Sie denn wirklich, dass Sie so privates Kapital akquirieren können?

Wenn wir den Wohnungsbau aktivieren wollen, muss zumindest die Energieeinsparverordnung 2016 ausgesetzt werden. Wir brauchen außerdem eine höhere Rendite. Wir brauchen die sofortige Einführung der degressiven Abschreibung. Über die degressive Abschreibung werden wir in der Niedrigzinsphase privates Kapital für den Wohnungsbau bekommen. Wir als FREIE-WÄHLER-Fraktion sind der Meinung, dass der soziale Wohnungsbau mit diesen drei Bausteinen – 600 Millionen, degressiver Abschreibung und Einfrieren der Energieeinsparverordnung – einen deutlichen Schritt vorankommen wird und dass jetzt gehandelt werden muss. Dazu ist es notwendig, diesen hohen Betrag sehr früh für die Wohnraumförderung und den Wohnungsbau vorzusehen, um am Ende eine Debatte darüber zu vermeiden, wer Wohnraum bekommt: Zuwanderer oder jemand, der aus sozialen Gesichtspunkten Wohnraum braucht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, wir sind verantwortlich. Nach Hartz IV oder ALG II ist für die Unterbringung die Kommune verantwortlich. Der Bund ist aus meiner Sicht ganz klar gefordert, die kommunale Seite, unsere Städte und Gemeinden, zu unterstützen. Auch Bayern ist gefordert, neben dem Bund seinen Anteil zu leisten. Wir bitten deshalb um Zustimmung; denn das wird zur sozialen Gerechtigkeit beitragen. Ich sage Ihnen voraus, dass zumindest der genannte Betrag deutlich früher als 2019 von diesem Parlament beschlossen wird. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Glauber. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Lotte.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, Hohes Haus! Ich kann mich den Ausführungen von Herrn Glauber nur anschließen. Die Mittel, die die CSU-Staatsregierung im Moment vorgesehen hat, werden nicht ausreichen. Diese Diskussion führen wir nicht erst seit diesem und nicht erst seit letztem Jahr, sondern schon seit vielen Jahren. Die Zahlen zeigen eindrucksvoll, wie sehr die Sozialwohnungen weniger geworden sind, und das trotz der Ankündigung einer Offensive nach der anderen durch die Bayerische Staatsregierung.

Ich darf das in der Chronologie vielleicht kurz verdeutlichen. 2013: der Verkauf der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft GBW, Wohnungen wurden privatisiert. Dann kam das Jahr des Wohnungsbaus. Herr Herrmann kündigte eine kraftvolle Wohnungsbauoffensive für 2014 an, mit der 1.901 geförderte Mietwohnungen in Bayern geschaffen wurden. Gleichzeitig haben wir in Bayern aber 10.000 Sozialwohnungen verloren, weil sie aus der Bindung gefallen sind. Das heißt nichts anderes, als dass der Saldo der Wohnungsbauoffensive im Jahr des Wohnungsbaus mit 8.000 Wohnungen negativ war. So ging es in 2015 weiter. Statt mit der kraftvollen Offensive weiterzumachen, wurden die Mittel im Jahr 2015 gesenkt. Wir erreichen nach Angaben des Ministeriums nicht einmal mehr die 1.901 Mietwohnungen, sondern wir werden nur 1.500 erreichen. Und dann die frohe Kunde – jetzt gibt es keine Wohnungsbauoffensive –: Jetzt gibt es einen Wohnungsbaupakt, der kraftvoll angekündigt wird. Ich bin sehr gespannt, wie er tatsächlich umgesetzt wird. Die CSU-Staatsregierung verspricht 28.000 Wohnungen in den nächsten Jahren; 7.000 Wohnungen sollen es pro Jahr werden. Gleichzeitig fällt aber fast die gleiche Zahl an Wohnungen aus der Bindung.

Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass es eben nicht reicht, nur die Mittel zu erhöhen, sondern dass der Wohnungsmarkt im Moment offenkundig privatwirtschaft-

lich nicht funktioniert. Und was macht man dann, wenn der Wohnungsmarkt nicht funktioniert? - Dann muss der Staat eingreifen und dafür sorgen, dass der Markt wieder funktioniert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es entstehen neue, aber hochpreisige Wohnungen. Das wissen wir doch alle. Das hängt mit den Baukosten zusammen, das hängt natürlich auch mit der EnEV zusammen. Wir müssen sie gar nicht aussetzen; denn sie ist noch gar nicht in Kraft getreten. Aber natürlich sagen auch wir: Wir müssen auf den Bund einwirken, damit die neue EnEV nicht zum 01.01.2016 in Kraft tritt.

(Beifall bei der SPD)

Es gab langjährige Forderungen der Staatsregierung, der Bund müsse kostengünstige Grundstücke für Kommunen bereitstellen. Das sehen auch wir so, das haben wir immer so gesehen. Deshalb ist es erfreulich, dass das gelungen ist und der Bund Grundstücke vergünstigt abgibt. In diesen Tagen war immer wieder zu lesen, dass auch Kommunen das tun. Ich nenne die Stadt München, die sogar darüber nachdenkt, einzelne Grundstücke zu verschenken, wenn damit gewährleistet wird, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht.Da frage ich mich nach wie vor, warum man das, was man von anderen einfordert, nicht selber macht. Warum also sagt die Bayerische Staatsregierung nicht: Wir stellen auch Grundstücke zur Verfügung, damit bezahlbarer Wohnraum entsteht, und zwar nicht nur für Flüchtlingsunterkünfte, sondern für alle? - Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich mit Herrn Glauber nicht abgesprochen. Aber auch wir haben bei unserer Klausur im September den Betrag von 600 Millionen Euro pro Jahr präsentiert, weil wir festgestellt haben, dass wir in den nächsten fünf Jahren diese Summe in etwa brauchen, damit wir 100.000 geförderte Wohnungen bauen können. Der Markt hat ja gezeigt, dass es nicht reicht, sich da auf die Privaten zu verlassen. Das heißt, es ist

meines Erachtens zwingend erforderlich, dass der Staat mit einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft wieder stärker in den Wohnungsbau einsteigt.

Ich möchte – vielleicht als Argumentationshilfe für Herrn Herrmann – den Finanzminister zitieren, der beim Siedlungswerk Nürnberg gesagt hat, die Investition des Siedlungswerks Nürnberg, das auch auf dem freien Wohnungsmarkt Wohnungen baut, sei wirtschaftlich sinnvoll und richtig. Ich glaube, sie wäre zum Beispiel in München und in vielen anderen Regionen auch wirtschaftlich sinnvoll. Der Staat ist in der Lage, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, schon allein deswegen, weil er auf die Rendite, die der Private erzielen möchte, verzichten kann.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über Mittelerhöhungen reden, müssen wir auch darüber reden, wohin denn die Mittel gehen. In der Vergangenheit sind in etwa ein Drittel der Wohnungsbaufördermittel in den Mietwohnungsbau und zwei Drittel in Eigentumsmaßnahmen geflossen. Ich habe nichts gegen Eigentumsmaßnahmen; aber wir müssen uns fragen, ob das Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln angemessen ist, wenn es an Mietwohnungen mangelt, oder ob wir das Programm nicht so ausrichten müssten, dass mehr Geld in den Mietwohnungsbau fließt, also dorthin, wo es gebraucht wird.

(Beifall bei der SPD)

Regional haben wir genau die gleiche Situation. Auch hier fließen etwa ein Drittel der Gelder in die Ballungsräume und zwei Drittel in den ländlichen Raum. Wenn aber der Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen angespannt ist – die Staatsregierung hat ja selber 144 angespannte Wohnungsmärkte in Bayern definiert –, liegt es doch absolut auf der Hand zu sagen: Wir müssen das Geld, das wir in die Hand nehmen, bevorzugt genau in den angespannten Wohnungsmärkten investieren, bis diese Wohnungsmärkte hoffentlich nicht mehr angespannt sind und wir alle, die wir hier sitzen, erleben, dass wir nicht mehr 144 angespannte Wohnungsmärkte haben, sondern in der Idealvorstellung keinen einzigen mehr.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes sagen. Wenn man mit Vertretern der Wohnungswirtschaft, etwa dem VdW spricht – Herr Herrmann, Sie waren ja auch beim VdW, und da wird Ihnen Herr Kroner, der Verbandsvorsitzende, sicher seine Sorgen und Nöte vorgetragen haben –, werden einem nicht nur die Baukosten genannt, sondern es wird auch gesagt: Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sind wir als soziales Wohnungsunternehmen nicht mehr in der Lage, bezahlbaren Wohnraum zu errichten. Da müssen wir doch gemeinsam überlegen, wie wir die Rahmenbedingungen ändern können, damit es solchen sozialen Wohnungsunternehmen wieder möglich ist, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir müssen neben den Mietwohnungen und neben den Eigentumswohnungen den genossenschaftlichen Sektor stärker fördern.

Ich kann Ihnen sagen: Wir werden den Antrag der FREIEN WÄHLER unterstützen. Auch wir sind der Meinung, dass die degressive Abschreibung ein wichtiges Thema ist. Aber auch hier gilt, dass wir das Geld in angespannte Wohnungsmärkte lenken müssen. Ansonsten gehen wir durchaus mit. Gleiches gilt für die EnEV und die Ausführungen der FREIEN WÄHLER, denen wir zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Lotte. Nächster Redner ist der Kollege Rotter. Bitte schön, Herr Kollege Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich mitbekommen habe, dass die FREIEN WÄHLER und die SPD zwei Dringlichkeitsanträge zu dem Thema "Wohnungsbau" eingereicht haben und die Sache, wie der Herr Kollege Glauber gesagt hat, gemeinsam angegangen werden soll, bin ich davon ausgegangen, dass zumindest anerkannt wird, was die Staatsregierung am 9. Oktober 2015 beschlossen hat. Das ist wirklich – ich zitiere den zuständigen Bauminister Joachim Herrmann – ein wuchtiges Programm. Ich sehe, was hier in den nächsten Jahren in Angriff genommen wird und was realistischerweise auch in Angriff genommen werden kann; denn wir sollen und dürfen den Menschen nicht mehr versprechen, als wir hal-

ten können. Aber es war wahrscheinlich zu viel verlangt, dass hier einmal eine Anerkennung ausgesprochen wird.

Stattdessen erheben Sie Forderungen, an deren Erfüllung die Staatsregierung schon lange arbeitet und um die sie sich kümmert. Ich nenne die Stichworte degressive Abschreibung und EnEV. Es ist doch klar und bekannt, dass wir hier in Bayern, was die Abschreibung anbelangt, bereits in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag gestellt haben und die Staatsregierung auch versucht hat, das im Bund umzusetzen. Im Bundestag war es auch möglich. Aber es ist an der rot-grünen Bundesratsmehrheit in mehreren Anläufen gescheitert. Auch zu Beginn dieser Legislaturperiode war es sowohl im Landtag als auch im Bundestag und im Bundesrat noch nicht möglich, dass das die Kolleginnen und Kollegen, die dort die Verantwortung tragen, umgesetzt haben. Von daher finde ich es einfach unredlich, auf der einen Seite zu sagen, das Thema wird gemeinsam angegangen, und auf der anderen Seite in den Anträgen so zu tun, als sei bislang nichts geschehen. Es ist doch nicht an uns gescheitert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die SPD möchte nach ihrem Antrag 100.000 Wohnungen in den kommenden fünf Jahren. Das möchte ich auch. Aber ich sehe es auch als unrealistisch an, Herr Kollege Lotte. Die FREIEN WÄHLER sagen, die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür "zu sorgen", dass die Wohnraumfördermittel in den kommenden Jahren insgesamt wieder eine Höhe von 600 Millionen Euro pro Jahr erreichen. Da müssten zunächst einmal im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen Anträge gestellt werden. Morgen oder übermorgen – ich weiß es nicht genau; ich glaube, morgen schon – wird im zuständigen Haushaltsausschuss der Einzelplan 03B beraten. Ich gehe davon aus, dass Sie dort den entsprechenden Antrag stellen. Wir können nicht hier im Rahmen eines Dringlichkeitsantrages beschließen, dass man für so etwas sorgen soll. Das müsste schon etwas konkreter und präziser gefasst werden. Bitte stellen Sie Anträge dort, wo sie angebracht sind. Herr Kollege Glauber, wir haben uns ja schon öfter über dieses Verfahren unterhalten. Derartige Anträge lehnen wir hier ab. Sie müssen zunächst ein-

mal dort gestellt werden, wohin sie passen. Nachdem das Thema morgen im Ausschuss besprochen wird, gehört dieser Antrag natürlich dorthin.

Sie haben anerkannt, dass für das Jahr 2019 547 Millionen Euro vorgesehen sind. Heuer haben wir knappe 400 Millionen, und das wird jedes Jahr um 50 Millionen Euro erhöht. Wenn Sie sagen, dass in den kommenden Jahren wieder 600 Millionen Euro erreicht werden sollen, ist es eben noch einmal ein Schnaps oben drauf, wenn man sagt, dass es noch nicht reicht. Womöglich reicht es wirklich noch nicht. Ich fürchte, dass auch 600 Millionen nicht reichen würden. Nach dem Wunsch der SPD würde auch das Doppelte nicht reichen, um pro Jahr 20.000 Wohnungen zu bauen.

Natürlich ist es wichtig – Sie haben das mit Recht angesprochen –, dass man die Rahmenbedingungen verbessert. Dazu gehört zum einen, die degressive Abschreibung wieder einzuführen. Mir hat nicht gefallen, dass Sie sie nicht generell eingeführt haben möchten, sondern nur von den Ballungsräumen gesprochen haben. Mir hat auch nicht gefallen, Herr Lotte, dass Sie versuchen, den ländlichen Raum gegen den städtischen Raum auszuspielen,

(Andreas Lotte (SPD): Das habe ich nicht getan!)

indem Sie sagen, dass die Wohnraumförderung ganz überwiegend in den ländlichen Raum geht. Das stimmt schlichtweg nicht. Mietwohnungsförderung wird natürlich in den Ballungsräumen betrieben, also dort, wo sie notwendig ist, und für den ländlichen Raum gibt es Zuschüsse zu Eigentumsmaßnahmen. Auch das ist aus unserer Sicht ganz wichtig, weil man nicht immer nur von den gleichwertigen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen sprechen sollte, sondern auch sicherstellen sollte, dass sich diejenigen, die im ländlichen Raum verbleiben, dort zumindest eine Eigentumsmaßnahme leisten können.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, seien Sie doch nicht immer so vorlaut.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind nur aufmerksam!)

– Das ist nett.

(Inge Aures (SPD): Wir sind hier nicht in der Schule!)

– Natürlich sind wir hier nicht in der Schule. Manchmal könnte man das aber meinen, wenn man sieht, wie von Ihnen bei der Formulierung von Anträgen das Abschreiben praktiziert wird.

(Lachen bei der SPD – Unruhe - Glocke der Präsidentin)

– Was ist das denn sonst? Ist das nicht abgeschrieben aus dem Beschluss, den die Staatsregierung am 9. Oktober dieses Jahres gefasst hat? - Sie haben lediglich die Forderung noch etwas erhöht. Das ist genau der Punkt.

In den Anträgen werden auch Forderungen aufgestellt, die wir schon deshalb nicht durchsetzen können, weil eine Bundesratsmehrheit dagegensteht.

Ich will noch einmal in aller Kürze auf das Wohnungsbauprogramm eingehen. Klar ist, dass wir deutlich mehr preisgünstige Wohnungen brauchen. Allerdings kann es nicht nur darum gehen – insoweit bin ich voll bei Ihnen, Herr Kollege Lotte –, den sozialen Wohnungsbau voranzubringen. Ein großes Problem ist doch, dass diejenigen, die dafür zu viel verdienen – und sei es nur ein wenig zu viel –, sich dennoch keine Wohnung, die auf dem freifinanzierten Markt angeboten wird, leisten können. Eine Sozialwohnung, so sie denn zur Verfügung stünde, käme für sie aber nicht infrage. Deswegen ist es wichtig, dass wir von hohen Baukosten herunterkommen.

Wenn Sie die Protokolle nachlesen, werden Sie feststellen, dass ich wohl der Erste war, der im Rahmen einer derartigen Debatte von dem "Pakt für bezahlbaren Wohnraum" gesprochen hat. Interessanterweise haben sich alle Beteiligten – angefangen

vom Mieterbund über die Wohnungsbaugesellschaften bis hin zu dem Verband "Steine–Erden" und dem Bauindustrieverband – zusammengefunden und gemeinsam dargelegt, was zu tun ist, damit der Wohnungsbau endlich preisgünstiger wird. Wir sind uns sicherlich einig, dass diese Vorschläge umgesetzt gehören.

Insoweit ist auch der Bund mit seiner umfangreichen gesetzgeberischen Kompetenz gefragt. Wir sind auch auf Bundesebene an diesem Thema dran. Die Bundesbauministerin wird von Ihrer Partei gestellt, Herr Lotte. Sie haben also besondere Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, dass der Bund sich bewegt. Die Bundesbauministerin ist übrigens zugleich Bundesumweltministerin. In diesem Zusammenhang nenne ich das Stichwort EnEV. Ich hoffe also sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass Sie nicht nur hier Anträge stellen, sondern auch in Berlin Ihren Einfluss geltend machen. Wenn ich mich nicht täusche, ist der bayerische Landesvorsitzende der SPD Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium von Frau Hendricks. Sie könnten also durchaus etwas bewirken, was über das Stellen von Anträgen in diesem Haus hinausginge.

Da ich die Geduld derjenigen, die immer noch anwesend sind – Ihnen gilt mein Respekt angesichts der fortgeschrittenen Zeit und eines Themas, das nicht gerade neu ist –, nicht überstrapazieren will, möchte ich nur noch wenige Anmerkungen machen. Gegenstand des Programms, das die Staatsregierung beschlossen hat, ist zum einen ein staatliches Wohnungsprogramm, um kurzfristig Flüchtlinge unterbringen zu können. Insofern spielen Leichtbau und Fertigteilbau eine große Rolle. Zum anderen soll dem kommunalen und dem kirchlichen Wohnungsbau mit einem Förderprogramm unter die Arme gegriffen werden. Die staatliche Wohnungsbauförderung insgesamt soll angehoben werden. Auch das Finanzministerium – Stichwort Staatsbediensteten-Wohnungsbau – kann mit entsprechenden Projekten positiv Einfluss nehmen.

Den Wohnungspakt Bayern müssen wir alle forcieren. Das ist sehr wichtig. Ich nehme an, der Bauminister Joachim Herrmann wird noch sprechen. Dann kann er sein Pro-

gramm, so er denn möchte, noch näher erläutern. Ich brauche das hier nicht vorzubeten.

Ein Punkt ist mir noch besonders wichtig – darauf bin ich in der Debatte über den Studentenwohnheimbau, die wir vor knapp drei Wochen geführt haben, schon eingegangen –: Es ist richtig, dass wir von den Kommunen einfordern, Grundstücke preisgünstig zur Verfügung zu stellen. Diese Verpflichtung betrifft aber selbstverständlich auch den Bund. Er bewegt sich mittlerweile, was die Bundesliegenschaften anbelangt. Aber auch der Freistaat, insbesondere der Staatsbetrieb Immobilien Freistaat Bayern, ist gefragt. Wir müssen überlegen, wo wir Liegenschaften hernehmen können bzw. wer sie uns zur Verfügung stellen kann. All das gehört für mich zu einem gemeinsamen Handeln und zu diesem wuchtigen Wohnungsbauprogramm untrennbar dazu.

Die Anträge der Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER werden wir ablehnen; ich habe vorhin erläutert, warum. - Es bleibt dabei, dass wir gemeinsam daran arbeiten werden, möglichst viele der benötigten preisgünstigen Wohnungen zur Verfügung zu stellen – nicht nur den Flüchtlingen, sondern insbesondere auch denjenigen, die schon sehr lange auf eine solche Wohnung warten. Das Problem betrifft nicht nur die Ballungsräume, sondern mittlerweile auch den ländlichen Raum. So ist die Liste derjenigen, die auf eine Sozialwohnung warten, in Lindau in den vergangenen zwei, drei Jahren sehr lang geworden, nachdem sie Anfang des Jahrtausends so gut wie leer war. Wir werden unseren Fokus daher auch auf den ländlichen Raum richten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Rotter. – Mittlerweile hat die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion beantragt. - Nach Ihnen, Herr Kollege Rotter, spricht nicht der Bauminister, sondern zunächst einmal Herr Kollege Mistol. Bitte schön, Herr Mistol.

(Eberhard Rotter (CSU): Davon bin ich ausgegangen, Frau Präsidentin! Ich hatte nichts über die Reihenfolge gesagt!)

Jürgen Mistol (GRÜNE): Danke, Frau Präsidentin, dass Sie mir das Wort erteilt haben. Der Herr Staatsminister kommt ja anschließend ausgiebig zu Wort.

Herr Kollege Glauber, ich glaube, mit Ihren drei Forderungen machen Sie es sich ein bisschen zu einfach. So einfach ist die Welt nicht. Fakt ist: Der Wohnungsmarkt im Freistaat ist mächtig aus der Balance geraten. Wir verzeichnen einerseits Leerstand und Sanierungsstau, insbesondere in schrumpfenden Regionen, das heißt in Regionen mit Bevölkerungsrückgang. Andererseits haben wir in wachsenden Städten einen eklatanten Mangel an bezahlbaren Wohnungen; dort steigen die Mieten ständig. Zudem gibt es nur eine mäßige Bautätigkeit im unteren und im mittleren Preissegment. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt.

Ich komme jetzt zu Ihren Vorschlägen, Herr Kollege Glauber. Wir gehen mit Ihnen völlig d‘accord, wenn Sie fordern, die Wohnraumfördermittel schnellstmöglich zu erhöhen. So kraftvoll, wie wir es uns erhofft hatten, war die Offensive von Herrn Staatsminister Herrmann im Jahr 2014, dem angeblichen Jahr des Wohnungsbaus, dann doch nicht, Herr Kollege Rotter – leider. Das, was Herr Herrmann Anfang dieses Monats vorgelegt hat, ist schon ein deutlich größerer Schritt in die richtige Richtung. Das muss man tatsächlich anerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Ich war dabei, als er seine Vorschläge beim Verband bayerischer Wohnungsunternehmer e. V. – VdW – präsentierte. Ich habe in Reit im Winkl sogar geklatscht. Vielleicht haben Sie es bemerkt, vielleicht aber auch nicht; denn es waren viele Leute da. Eine kritische Anmerkung möchte ich unbedingt machen: Dass die Landesmittel für die Wohnraumförderung auf demselben Niveau bleiben sollen, ist uns GRÜNEN zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns auch im Rahmen der Beratungen über den Nachtragshaushalt noch einmal darüber unterhalten müssen, ob das so in Ordnung ist. Wir brauchen schlicht und einfach mehr, um allen Bevölkerungsschichten bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.

Die FREIEN WÄHLER fordern ferner, die degressive Gebäudeabschreibung wieder einzuführen. Dies hätte aus meiner Sicht nur in Regionen mit erhöhtem Wohnungsbedarf Sinn. Ich möchte Ihnen erklären, warum wir das so sehen. Beileibe nicht alle Regionen verzeichnen einen erhöhten Wohnungsbedarf. Daher sollten für die degressive AfA bestimmte Rahmenbedingungen gelten, die zum Beispiel etwaige Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und ähnliche Punkte berücksichtigen. Wir GRÜNEN wollen gezielt in den wachsenden Städten und Regionen bezahlbare Wohnungen schaffen; noch mehr teure Wohnungen brauchen wir nicht. Es stimmt halt nicht, dass die Schaffung von teurem Wohnraum eine Entlastung auch des übrigen Wohnungsmarktes mit sich bringt, auch wenn ich immer wieder höre, dass dies so sei. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen; ich bin in Regensburg kommunalpolitisch aktiv. Daher weiß ich, das haut nicht hin.

Daher bleibt es dabei: Wir brauchen insgesamt eine Entlastung auf dem Wohnungsmarkt. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum. Der Bau teurer Wohnungen wirkt sich nicht mäßigend auf das allgemeine Mietpreisniveau aus.

Wenn die FREIEN WÄHLER fordern, die zum 1. Januar 2016 geplante Verschärfung der EnEV um zwei Jahre zu verschieben, dann sage ich: Sicherlich müssen alle Normen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Wenn aber Standards infrage gestellt werden, muss das sachlich begründet sein. Was die energetischen Standards angeht, so gebe ich zu bedenken, dass der Wohnungsbau nur dann zukunftsfähig ist, wenn er in Verbindung mit Klimaschutzzielen erfolgt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über die Zeit wird ein schlecht gedämmtes Gebäude auch zur Kostenfalle, insbesondere für die Mieterinnen und Mieter. Wir sollten uns vielleicht besser an anderer Stelle Normen und Vorschriften anschauen, die zu hohen Gestehungskosten führen, und mit fachlichem Hintergrund entscheiden, was sinnvoll und was nicht sinnvoll ist. Ich erinnere nur daran, dass wir vor einem Jahr über die Stellplatzsatzung diskutiert haben. Ich glaube, da ist viel Musik drin, wenn wir an diese Stellplatzsatzung herangehen und die Anforderungen zurückschrauben.

Insgesamt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind mir die Forderungen der FREIEN WÄHLER definitiv zu schlicht, um den Wohnungsbau wirklich kraftvoll – so heißt es ja in der Überschrift ihres Antrags – anzukurbeln. Hierzu braucht es ein ganzes Maßnahmenbündel und eine konzertierte Aktion auf allen Ebenen, auf Bundesebene, auf Landesebene und bei den Kommunen.

Was aus meiner Sicht dazu gehört, sage ich nur in Stichworten, obwohl ich noch 26 Minuten Redezeit zur Verfügung hätte. Diese nutze ich aber nur aus, wenn Sie darauf bestehen. – Wir brauchen die Fortführung und Aufstockung der Kompensationszahlungen des Bundes für die Wohnraumförderung, das, was ich schon gesagt habe: Normen in Abstimmung mit Expertinnen und Experten überprüfen und auch regelmäßig anpassen, die Abschaffung der Stellplatzpflicht zumindest für den öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Wir brauchen auch eine Erhöhung der Landesmittel, eine zielorientierte Ausgestaltung der Förderrichtlinien, direkte Zuschüsse, die jetzt auch noch einmal aufgestockt worden sind. Ich denke, das ist der richtige Weg. Wir brauchen aus unserer Sicht auch eine Begründung von Miet- und Belegungsbindungen im Mietwohnungsbestand, wir brauchen auch Modernisierungen von Leerständen in schrumpfenden Regionen, und wir müssen Wohnungsbaugenossenschaften als dritte Säule der Wohnraumversorgung stärken.

Zu Steueranreizen habe ich schon etwas gesagt. Sie sind wichtig; denn wir wollen ja, dass auch privates Geld ins System fließt, aber zielgerichtet. Wir brauchen auch deswegen das private Geld, weil die Unternehmen, die schon heute günstigen Wohnraum schaffen, also insbesondere die kommunalen Unternehmen und auch die Wohnungsbaugenossenschaften, diese Aufgabe nicht alleine bewältigen werden. Das muss man auch sehen.

Das war Anfang der 1990er-Jahre, zu Zeiten, in denen viele günstige Wohnungen gebaut worden sind, anders. Das hat Herr Kroner vom VdW in Reit im Winkl kürzlich auch gesagt. Zu dieser Zeit sind nur 30 % dieser Wohnungen von Mitgliedsunternehmen des VdW erstellt worden. Das andere waren sonstige Wohnungsunternehmen. Damals waren eben die Bedingungen besser, sodass auch privates Geld in das System hineingeflossen ist.

Wir brauchen aber auch eine strategische Bauland- und Liegenschaftspolitik vor Ort, Konzeptvergaben, soziale Bodennutzung, städtebauliche Verträge, weil es oft wirklich an den Grundstückspreisen liegt, dass das Wohnen teurer geworden ist. Wir brauchen vom Bund eine vergünstigte Abgabe von Konversionsliegenschaften. Ebenfalls brauchen wir eine qualifizierte Nachverdichtung und eine gemeinsame Regionalplanung, gerade in Ballungsräumen.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen für Bayern einen Instrumentenkasten, der für alle Regionen mit ihren ganz unterschiedlichen Problemlagen etwas Nützliches enthält. Eine Wohnungspolitik mit der Gießkanne bringt uns nicht weiter. Deswegen werden wir den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ablehnen. Dem Antrag der SPD stimmen wir zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Mistol. – Jetzt spricht noch Staatsminister Herrmann. Bitte sehr.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, in aller Kürze:

Erstens. Ich freue mich, dass sich jedenfalls einige im Hohen Haus hinter der Forderung nach besseren steuerlichen Rahmenbedingungen versammeln. Wir fordern dies schon seit etlichen Jahren. Wir müssen die degressive AfA für Investitionen im Mietwohnungsbau wieder einführen, wir müssen die steuerlichen Abschreibungszeiträume insofern wohl verkürzen. Ganz gleich, welchem detaillierten Ansatz man folgt, es muss hier dringend etwas vorangebracht werden. Es gibt den klaren Auftrag aus der Koalitionsrunde, hierzu einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten. Ich hoffe, dass das Bundesbauministerium und das Bundesfinanzministerium recht schnell einen konkreten Vorschlag vorlegen, damit dieser alsbald wirksam umgesetzt werden kann.

(Volkmar Halbleib (SPD): Beides gute Minister!)

Zweitens. Ich freue mich, dass auch das Thema der Novelle der Energieeinsparverordnung heute noch einmal auf die Tagesordnung gebracht worden ist. Bayern hatte schon im Gesetzgebungsverfahren der EnEV-Novelle seinerzeit darauf gedrungen, dass die Anforderungen auf ein wirtschaftlich vertretbares Maß beschränkt bleiben, unsere Bemühungen beim Bund sind aber nicht zuletzt am Widerstand anderer Länder im Bundesrat gescheitert. Wir haben jetzt im Zusammenhang mit den baugesetzlichen Novellierungen in Berlin erneut beantragt, beim Wohnungsbau angesichts der Herausforderungen durch die vielen Flüchtlinge eine Ausnahme von der EnEV zuzulassen. Bisher war es in Berlin nur möglich, dieses für die unmittelbaren Asylbewerberunterkünfte zu erreichen, es ist aber in den letzten Monaten für den allgemeinen Wohnungsbau, auch für Flüchtlinge, nicht durchsetzbar gewesen.

Ich freue mich, dass diesem Punkt bezüglich der EnEV, wenn ich es richtig verstanden habe, jetzt auch seitens der SPD-Fraktion zugestimmt werden soll, und ich kann nur hoffen, dass sich der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesbauministerin mit dieser Position in Berlin durchsetzt. Bei uns rennen Sie mit diesem Thema offene

Türen ein. Es ist dringend notwendig, dass wir, was die Kosten betrifft, kurzfristig eine Entlastung schaffen.

Das dritte ist das eigentliche Thema der Wohnraumförderung. Wir haben schon im Mai dieses Jahres die Wohnraumförderung mithilfe von Mitteln der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt um 50 Millionen Euro erhöht.

Die Staatsregierung hat am 9. Oktober beschlossen, dieses Drei-Säulen-Konzept in einem Wohnungspakt Bayern entsprechend zu forcieren. 70 Millionen Euro stehen kurzfristig für ein Sofortprogramm für Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge zur Verfügung. Das kommunale Förderprogramm stellt in den nächsten vier Jahren jeweils 150 Millionen Euro für Kommunen und Kirchen zur Verfügung, die unmittelbar Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge schaffen. Das kann jährlich den Bau von mindestens 1.500 Wohnungen mit anschieben.

Herr Kollege Mistol, bei der Frage, wie viel Geld zur Verfügung steht, sollte man das bitte mit betrachten. Diese 150 Millionen Euro haben Sie, glaube ich, bei Ihrer Addition außen vor gelassen. Das sind reine Landesmittel.

Wenn man hinzunimmt, dass wir die allgemeine Wohnraumförderung noch einmal um weitere 50 Millionen Euro aus der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt aufstocken und außerdem die 59,1 Millionen Euro verwenden, die nun vom Bund zur Verfügung gestellt werden, dann sind wir bei der allgemeinen Wohnraumförderung schon im kommenden Jahr bei 401 Millionen Euro. Zusammen mit den 150 Millionen Euro, die wir in dem Sonderprogramm für die Kommunen und Kirchen zur Verfügung stellen, liegen wir damit, mit Verlaub, schon bei 550 Millionen Euro für das kommende Jahr, für 2016. Davon stammen wohlgemerkt 120 Millionen Euro vom Bund und 430 Millionen Euro vom Freistaat Bayern. Das bitte ich bei der Gesamtbetrachtung zu würdigen, auch wenn man die Zahlen damit vergleicht, wie die zweifellos üppigen Wohnraumprogramme beispielsweise vor 25 Jahren ausgestattet waren. Damals war der Anteil des Bundes deutlich höher.

Ich glaube, dass wir jetzt schon einen Kraftakt unternehmen, indem wir ein Programm vorlegen, mit dem wir immerhin im Bereich der staatlich mitfinanzierten und geförderten Wohnungen zusätzlich zu den 2.000 Wohnungen, die die Staatsbediensteten-Wohnungsbaugesellschaft und das Siedlungswerk Nürnberg bauen wollen, insgesamt auf über 28.000 neue Wohnungen in den nächsten vier Jahren kommen.

Wohlgemerkt: Wir setzen weiterhin darauf, dass die Mehrzahl der Wohnungen generell Jahr für Jahr auf dem freien Wohnungsmarkt gebaut wird. Dazu brauchen wir die steuerlichen Anreize, und dazu ist es wichtig, dass, wie ich hoffe, in den nächsten Wochen auch in dieser Hinsicht in Berlin die richtigen Entscheidungen fallen.Insgesamt ist das, glaube ich, ein wirklich wuchtiger Wohnungspakt. Die Kommunen müssen – das will ich nicht verhehlen – noch dazu beitragen, dass insbesondere in den Ballungsräumen deutlich mehr Bauland ausgewiesen wird; denn es gibt bereits heute viele Investoren, die sagen: Wir wollen ja gerne investieren, aber wo bitte sind die bebaubaren Grundstücke? - Das muss auf jeden Fall in den nächsten Monaten noch hinzukommen. Da brauchen wir eine Offensive, da brauchen wir Bebauungspläne, die nicht fünf Jahre benötigen, bis sie in Kraft treten, sondern da müssen alle Kommunen und staatlichen Genehmigungsbehörden noch enger zusammenwirken und noch rascher arbeiten; denn ohne Bauland wird das Ganze nicht so wirksam werden, wie es wirksam werden könnte.

Ich bitte um Unterstützung für dieses wuchtige Programm. Ich glaube, dass wir uns damit sehen lassen können. Für gute Vorschläge, was wir noch schneller und noch besser machen können, sind wir selbstverständlich offen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön, Herr Staatsminister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aussprache ist damit geschlossen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich Ihnen kurz den weiteren Verlauf der Sitzung bekannt. Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass der Tagesordnungs-

punkt 7 ohne Aussprache gleich abgestimmt wird. Außerdem werden die Tagesordnungspunkte 9 und 10 verschoben. Ob sie im nächsten Plenum drankommen, ist noch nicht geklärt. Sie werden zunächst einmal nur abgesetzt. Tagesordnungspunkt 11 wird verschoben auf den 28.10., sodass wir jetzt nur noch gleich über den Tagesordnungspunkt 7 abstimmen und zum Tagesordnungspunkt 8 noch eine Debatte haben werden.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8418 – das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER, über den in einfacher Form abgestimmt wird –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das sind die Fraktion der CSU und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Danke schön. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8441. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.32 bis 20.37 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaals aus und fahren in der Tagesordnung fort.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8419 bis 17/8424 und 17/8442 und 17/8443 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich bitte jetzt Professor Piazolo zum Rednerpult und gebe in der Zwischenzeit das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Lotte, Weikert und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen und erhalten", Drucksache 17/8441, bekannt. - Mit Ja haben 57 gestimmt, mit Nein haben

70 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.10.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert u. a. und Fraktion SPD; Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen und erhalten (Drucksache 17/8441)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver			
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. **Reichhart** Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	57	70	0